

Kalte Enteignung

Viele Geschädigte der Bodenreform in der früheren Sowjetzone haben große Hoffnungen auf Schwarz-Gelb gesetzt. Heute sind sie ziemlich enttäuscht

Von Martin Greive und Anne Steinmetz

Vor Peter Degen liegt ein dunkelblaues Fotoalbum. Auf der zweiten Seite ist das Unternehmenssymbol "GW" eingeklebt. Peter Degen blättert weiter und zeigt mit dem Zeigefinger auf ein verblichenes Bild seines Vaters Friedrich. Peter Degen kann sich noch gut erinnern, wie sein Vater täglich in seine Firma ging, die "OHG Wollmershäuser & Gurth" in Potsdam-Babelsberg, die er bis zu ihrem Ende 1945 leitete. Peter Degen weiß noch genau, wie er als Kind in der elterlichen Firma mit anpacken musste. "Mit sieben Jahren wurde ich vor die Werkbank gestellt und musste unter Aufsicht eines Meisters Würfel feilen."

Die Firma stellte Präzisions-Stauchzylinder zur Gasdruckmessung her. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeigte die russische Besatzungsmacht großes Interesse an der Hochpräzisionstechnik. Ende 1945 enteigneten sie die Unternehmenseigentümer und transportierten den Betrieb nach Russland. Friedrich Degen war um seine Fabrik gebracht. Seine Familie bekam dafür bis heute keine Entschädigung. "Das ist doch eine Riesensauerei", findet sein Sohn Peter Degen.

Wie Degens Vater wurden zwischen 1945 und 1949 Zehntausende Gewerbetreibende und Landwirte durch die "große Bodenreform" der sowjetischen Besatzungsmacht enteignet. Sie waren viele Jahre die Verlierer der sowjetischen Besatzung. Doch nach der Bundestagswahl 2009 keimte plötzlich Hoffnung auf, dass sie ihre alten Grundstücke zu verbesserten Konditionen zurückkaufen könnten.

Die FDP hatte das Thema auf Druck der Geschädigten in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Und die Liberalen schafften es, das Thema im Koalitionsvertrag zu verankern. So heißt es im Vertrag: "Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden, die im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 prüfen soll, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten."

Doch am Ende der Legislaturperiode ist die Enttäuschung unter den Enteigneten groß. Die Arbeitsgruppe, die zuerst im Bundesfinanzministerium und später ministeriumsübergreifend tagte, ging ohne Ergebnisse auseinander. Geschädigte wie Degen und Verbandsvertreter haben dafür vor allem einen Schuldigen ausgemacht: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). "Für ihn war in diesem Fall jeder Euro für die Entschädigten ein Euro zu viel", sagt Manfred Graf von Schwerin, Vorsitzender der "Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum" (ARE), der vor allem die Interessen der geschädigten Landwirte vertritt.

Degen, der einen ganzen Ordner voller Briefwechsel mit dem Bundespräsidialamt und dem Bundesfinanzministerium vorweisen kann, sieht es genauso: "Schäuble und seine Arbeitsgruppe haben versucht, das Thema auf die lange Bank zu schieben in der Hoffnung, dass sich das biologisch von selbst erledigt." Je weiter die Enteignungen zurücklägen, desto stärker würden die Erinnerungen der Erben verblassen, meint Degen.

Nach dem Mauerfall waren die zwischen 1945 und 1949 enteigneten Grundstücke dem Bund zugefallen. Das ehemalige Firmengelände von Friedrich Degens Firma befindet sich bis heute im Eigentum einer der Nachfolgegesellschaften der Treuhand, der Gesa. Peter Degen ist 77 Jahre alt. Er will nicht die alte Firma seines Vaters wieder aufbauen, zumal diese im Zweiten Weltkrieg auch in der Rüstungsproduktion tätig war. Doch der frühere Manager der Frankfurter Chase Bank fordert Gerechtigkeit. Dass seine Familie enteignet wurde und dafür nie einen Cent Entschädigung gesehen hat, empfindet Degen als schreiendes Unrecht.

Wie er setzten viele Geschädigte große Hoffnungen auf die schwarz-gelbe Koalition. Mit Bundespräsident Christian Wulff hatten sie überdies einen prominenten Fürsprecher. Wulff forderte wie die FDP, dass Alteigentümer für 25 Prozent des Marktwerts die Flächen zurückkaufen könnten. Doch Wulff musste sein Amt niederlegen. Und auch die FDP konnte sich mit ihrer Forderung nicht durchsetzen.

Zwar setzten sich einige Politiker für die Entschädigten ein, etwa FDP-Politiker Otto Fricke oder Unions-Fraktionsvize Michael Meister. Doch die Arbeitsgruppe im Finanzministerium legte nie einen Abschlussbericht vor. Die FDP zeigt bei der Schuldfrage auf Finanzminister Schäuble. Das Bundesfinanzministerium weist die Kritik von sich. Es habe sich im Koalitionsvertrag lediglich um einen "ergebnisoffen formulierten Prüfauftrag" gehandelt. Aus der Unionsfraktion heißt es, auch bei den Liberalen hätten einige gebremst. Ein Oppositionsvertreter kann den ganzen Streit nicht nachvollziehen. "Das Thema ist doch seit zwei Jahrzehnten größtenteils festgezurr. Deshalb wird sich da nichts mehr groß ändern."

Nicht ohne Grund. Zum einen ist das Thema politisch heikel, da etliche Enteignete Nazis oder NSDAP-Mitglieder waren. Zum anderen geht es bei den Entschädigungen um viel Geld. Denn wenn der Bund die Grundstücke nicht verbilligt an die Enteigneten, sondern höchstbietend verkaufen kann, erzielt der Staat mehr Einnahmen. "Und darauf will der Bund nicht verzichten", sagt Cornelia Behm, Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion für ländliche Entwicklung. Dadurch, dass man die Arbeitsgruppe ausgerechnet im Finanzministerium angesiedelt habe, "hat man den Bock zum Gärtner gemacht", sagt ARE-Chef von Schwerin.

Grünen-Politikerin Behm hält das Vorgehen des Bundes auch aus finanzieller Sicht für einen Fehler. "Anstatt Flächen zu reservieren, werden sie munter unter Wert verscherbelt", sagt sie. Noch immer rund 294.000 Hektar Fläche auf dem Gebiet der früheren DDR sind in Staatsbesitz. Alteigentümer können nach einem komplizierten Verfahren Flächen erwerben, allerdings nur einen Teil ihrer alten oft über 100 Hektar großen Grundstücke. Meist sind die Flächen zu klein, um darauf einen neuen Betrieb aufzubauen. Behm plädiert dafür, die Flächen zu verbilligten Preisen an die Alteigentümer zurückzugeben. Die stammten oft aus Unternehmerfamilien und hätten ein großes Interesse daran, diese Grundstücke betriebswirtschaftlich zu nutzen. Das würde dem Aufbau Ost helfen. "Wir brauchen dringend ein Verkaufsmoratorium für diese sich noch in öffentlicher Hand befindlichen Flächen", fordert Behm.

Das Finanzministerium wehrt sich gegen die Behauptung, die Politik sei untätig gewesen. "Diese Behauptung entspricht nicht der Realität", teilt das Ministerium mit. Zwar sei die Prüfung der sachlichen und rechtlichen Aspekte weitestgehend erledigt. "Der Abstimmungsprozess zwischen den Ressorts ist noch nicht abgeschlossen. Entscheidungen sind daher bisher nicht getroffen worden", heißt es.

Zudem sei im März 2011 das "Zweite Flächenerwerbsänderungsgesetz" in Kraft getreten. Es ermöglicht Alteigentümern, landwirtschaftliche Flächen zum Verkehrswert vom 1. Januar 2004 zu erwerben. Seitdem haben die Preise für Ackerflächen angezogen. Die Landwirte können einen Gewinn einfahren, wenn sie die erworbenen Flächen verkaufen. Seit März 2011 hat die bundeseigene Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) mehr als Tausend Kaufverträge mit Alteigentümern abgeschlossen und dabei fast 1,8 Milliarden Euro eingenommen. Die Alteigentümer stören sich allerdings daran, zurückkaufen zu müssen, was ihnen ihrer Ansicht nach sowieso gehört.

Auch der Historiker Arnd Bauerkämper von der FU [Berlin](#) hält die Regelungen in der Verordnung für unzureichend. Entschädigungsforderungen der Alteigentümer "in einem vernünftigen Ausmaß" seien durchaus gerechtfertigt. Der FDP gingen die Änderungen ebenfalls nicht weit genug. Die liberalen Minister Philipp Rösler und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger schrieben Finanzminister Schäuble Ende 2012 einen Brief mit der Bitte um Prüfung, wie man die Rechtslage verbessern könne.

Schäuble antwortete, ein neues Gesetz sei nicht nötig. "Insgesamt sind wir auf einem guten Weg, das Unrecht, das den Alteigentümern widerfahren ist, im Rahmen des Möglichen und politisch Durchsetzbaren zu lindern", schrieb Schäuble. Später legte das Finanzministerium eine Änderung der Flächenerwerbsverordnung vor, wodurch Verbesserungen beim Walderwerb erreicht werden sollten. "Obwohl die Änderungen in die richtige Richtung gehen, werden weiter nicht alle offenen Fragen davon erfasst", heißt es aus dem Wirtschaftsministerium.

Den Erben früherer Industrieunternehmer wie Degen nutzen die Beschlüsse ohnehin nichts, da es für sie keine Rückkaufmöglichkeit gibt. Das mag an einer geringeren Lobby liegen, aber auch an der Schwierigkeit, den heutigen Wert von Industrieunternehmen von vor 70 Jahren zu ermitteln.

Dass sich in den vergangenen vier Jahren wenig getan hat, ist auch historisch begründet. Im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde festgelegt, dass die Enteignungen in der Sowjetzone nicht rückgängig gemacht werden. Das sei eine Bedingung der Sowjetunion gewesen, argumentiert die Bundesregierung – was Degen und andere Enteignete auf die Palme bringt.

Denn der damalige sowjetische Staatschef Michael Gorbatschow hat mehrfach widersprochen, dass die Sowjetunion 1990 auf der Unantastbarkeit der Bodenreform bestanden habe. Für Schlagzeilen sorgte auch eine im Jahr 2004 erschienene Doktorarbeit der Politikwissenschaftlerin Constanze Paffrath, die behauptet, "eine Forderung seitens der Sowjetunion wurde nachweislich an keinem Verhandlungstag und auf keiner Verhandlungsebene erhoben".

Historiker Bauerkämper hält die These Paffraths, wonach die Bundesregierung sowjetische Forderungen nach einem Rückgabeverbot vorgeschoben habe, für nicht haltbar. Das Bundesverfassungsgericht folgte der Argumentation der Bundesregierung und schmetterte Klagen Enteigneter ab.

Die etablierten Parteien wollen das Thema nicht mehr zu hoch hängen. "Die Ressorts haben sich darauf verständigt, das Thema gegebenenfalls nach der Bundestagswahl wieder aufzugreifen", teilt das Finanzministerium mit. Die FDP fordert lediglich Verbesserungen für Alteigentümer.

Dagegen rollt die Alternative für [Deutschland](#) (AfD) das Thema auf. Die Partei schaltete in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" Anzeigen, in denen sie unter anderem forderte, enteignete Opfer aus der sowjetischen Besatzungszone zu rehabilitieren. "Den Betroffenen könnte ein neuer politischer Helfer erwachsen", hofft Degen. Doch Grünen-Politikern Behm bleibt skeptisch: "Es gibt keinerlei Willen seitens der Politik, die Fragen zu regeln. Deshalb wird wohl auch in Zukunft nichts passieren."

20.09.13

Die WELT